



Interviews

Datum: 06. März 2024

Anke Rehlinger im Gespräch mit Stefan Heinlein

Stefan Heinlein: Am Telefon begrüße ich jetzt die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Anke Rehlinger (SPD). Guten Morgen, Frau Rehlinger.

Anke Rehlinger: Ja, einen schönen guten Morgen!

Heinlein: Die Union drückt aufs Tempo. Die SPD-Länder dagegen wollen erst einmal abwarten. Frau Rehlinger, ist Geduld das richtige Mittel in der Migrationspolitik?

Rehlinger: Wir drücken alle gemeinsam auf das Tempo, denn wir wissen ja, dass die Belastungen nach wie vor sehr hoch sind, in den Ländern, aber vor allem auch in den Kommunen, und deshalb ist es, glaube ich, auch klug, dass man, bevor man schon wieder einen langen Katalog an neuen und zusätzlichen Maßnahmen angeht, vor allem erst mal an der konsequenten Umsetzung der Maßnahmen arbeitet, die wir bereits miteinander beschlossen haben. Wir haben ja wirklich ein großes Paket für Klarheit und Ordnung in der Migration gemeinsam auf den Weg gebracht und jetzt geht es darum, dass wir das abarbeiten. Noch nicht alle Schritte sind komplett umgesetzt, aber sie sind angegangen, und jetzt müssen wir uns einen Überblick verschaffen, was hat davon schon gut funktioniert, wo muss noch mehr dran gearbeitet werden. Genau an dem Punkt stehen wir und da ist Konsequenz, aber auch Dringlichkeit geboten. Aber es nützt auch jetzt nichts, neue Maßnahmen schon auf den Weg zu bringen, wenn man die alten noch nicht richtig umgesetzt hat – nicht, weil es vertrödelt worden ist, sondern weil ein paar Punkte auch ein bisschen länger dauern.

Heinlein: Über diese paar Punkte, die noch offen sind, die noch umgesetzt werden müssen, können wir gleich noch reden. Ich würde gerne Ihre erste Aussage noch einmal nachfragen. „Gemeinsam drücken die Länder aufs Tempo, um dem Bund dann Druck zu machen in der Migrationspolitik.“ Ihr Ministerpräsidentenkollege Hendrik Wüst sieht das ganz anders. Er hat im Vorfeld des heutigen Treffens ordentlich gekachelt gegenüber dem Kanzler, gegenüber der Bundesregierung. Er spricht von Zeitspiel, von Untätigkeit der Bundesregierung beim Thema Migration. Liegt er damit völlig falsch?

Rehlinger: Nee, sehe ich jetzt nicht. Die Bundesregierung hat eine ganze Reihe von Punkten bereits auf den Weg gebracht. Noch nicht alle sind gänzlich umgesetzt. Ein paar davon brauchen tatsächlich auch etwas länger. Was sicherlich noch aussteht, ist die rechtliche Prüfung, wie es zum Beispiel gehen könnte und ob es überhaupt gehen kann - Sie haben es im Vorbericht angesprochen -, Verfahren in Drittstaaten möglicherweise durchzuführen oder auch nicht. Zurecht ist darauf hingewiesen worden, das kann man nicht einfach mal mit einem MPK-Beschluss auf den Weg bringen. Deshalb braucht es eine sorgfältige Prüfung. Das Bundesinnenministerium hat diese angestrengt. Dort müssen wir jetzt auf Ergebnisse warten. Ob es dann politisch gewünscht und gemacht wird, ist noch mal was anderes. Aber jetzt zu sagen, die Bundesregierung hätte an dieser Stelle nichts gemacht, ist nach meiner Einschätzung so nicht ganz zutreffend. Stellen müssen geschaffen werden, es muss personalisiert werden, wenn es um die Arbeit auch des BAMF geht, wenn wir die Verfahren insgesamt beschleunigen müssen. Aber auch wir Länder haben ein paar Punkte, wo wir gucken müssen, beim Thema Digitalisierung. Auch das geht nicht von heute auf morgen. Ich weiß nicht, wie weit Nordrhein-Westfalen dort ist. Wir sind sehr bemüht, aber auch noch nicht dort, wo wir am Ende sein wollen.

Heinlein: Nun war der Kanzler im Anschluss an das Treffen Anfang November sehr vollmundig. Er hat wieder einmal von einem historischen Moment gesprochen. Jetzt gibt es diese Ernüchterung, 17 Wochen danach. Das ist jetzt keine geringe Zeitspanne. Woran liegt es denn, dass diese Punkte, die Sie gerade angesprochen haben, noch nicht umgesetzt sind, an Europa, am Bund oder dann doch an der Bund-Länder-Koordination?

Rehlinger: Die Ebenen, auf denen wir uns bewegen, sind ja sehr unterschiedliche. Es geht um Fragen der europäischen Migrationspolitik, soweit es die europäischen Außengrenzen angeht. Dort, muss man sagen, hat diese Bundesregierung mit dieser Bundesinnenministerin mehr vereinbaren können als all ihre Vorgänger. Auch das muss erst alles umgesetzt werden und hat auch durchaus seine Tücken.

Es sind eine Reihe von Migrationsabkommen, die bislang nur angekündigt waren, jetzt auf den Weg gebracht worden, zum Beispiel mit Georgien. An anderer Stelle sind Partnerschaften vereinbart worden. Weitere Verhandlungen für andere Staaten laufen noch einmal. Die Frage der deutschen Außengrenzen, soweit es Österreich, die Schweiz, aber auch die Grenze im Osten betrifft, haben stärkere Binnenkontrollen. Da ist eine ganze Reihe davon auch schon bereits angegangen und umgesetzt. Einige Sachen, die ein bisschen mehr Verwaltungstechnik und Verfahren in unseren eigenen Reihen bedürfen, die haben ein bisschen einen längeren Vorlauf, aber ich gehe davon aus, dass jedes Bundesland, aber auch die Bundesregierung in der möglichen Geschwindigkeit daran arbeitet, um diese Punkte umzusetzen. Deshalb wollen wir uns auch heute mal einen Überblick dazu verschaffen.

Heinlein: Im Vorfeld des Treffens hat fast jeder Ministerpräsident der Union noch einmal Forderungen auf den Tisch gelegt, nicht nur Hendrik Wüst, sondern auch Markus Söder, aber auch Michael Kretschmer aus Sachsen. Der fordert eine jährliche Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Ganz konkret ist er geworden mit 50- bis 60.000 Flüchtlingen pro Jahr. Ansonsten seien Länder und Kommunen überfordert mit der Integration. Hat Michael Kretschmer hier einen Punkt?

Rehlinger: Ich teile insgesamt diesen Alarmismus, den die Union jetzt anschlägt, zu diesem Zeitpunkt, beim jetzigen Stand der Dinge nicht. Es scheint mir vielleicht auch eher eine politische Frage der Tonalität hier zu sein, ein bisschen sicherlich auch abgestimmt mit der CDU-Zentrale. Ich glaube, das tut uns allen insgesamt nicht gut. Die Debatte mit der Obergrenze ist eine, die uns auch noch nicht wirklich weitergeführt hat, denn immer dann, wenn man Nachfragen dazu stellt, wie man denn das, was dort gefordert wird, in der Sache auch rechtlich umsetzen können, dann werden die Antworten sehr dürftig. Denn es steht nun mal völlig klar - und im Übrigen ist das auch immer eine Antwort, die ich aus Unions-Kreisen dazu höre -, dass das Asylrecht nicht angetastet werden soll. Dann frage ich mich, wie ich beide Aussagen rechtssicher zusammenführen kann. Das ist auch eine Antwort, die man von Seiten der Union bislang schuldig geblieben ist. Deshalb: Man kann es ja gerne politisch immer mal wieder in den Raum werfen. Nur die praktischen Konsequenzen daraus habe ich bislang nicht gesehen und dann bin ich der Auffassung, dann sollten wir doch lieber an den Sachen arbeiten, die wir wirklich in der Lage sind, rechtlich und praktisch gesichert umzusetzen. Dafür haben wir ja das große Paket letztes Jahr miteinander beschlossen.

Heinlein: Dann frage ich Sie als Ministerpräsidentin des Saarlandes noch mal ganz konkret für Ihr Bundesland. Sie sagen, es besteht für Alarmismus kein Grund. Heißt das übersetzt, im Saarland ist alles in Ordnung, die Städte und Kommunen kommen klar mit der Zahl der Flüchtlinge, es braucht keine Obergrenze?

Rehlinger: Wir sind auch angestrengt im Saarland. Auch die Städte und Kommunen im Saarland sind angestrengt in dieser Frage. In unseren zentralen Einrichtungen sind wir angestrengt. Aber es ist nach wie vor für uns mit dieser Anstrengung einigermaßen händelbar.

Ich bin dankbar, dass alle mithelfen, dass es gelingt, und ich bin auch dankbar, dass gesehen wird, dass wir es schaffen, dass es eine Begrenzung faktischer Art durch verschiedene Maßnahmen, aber sicherlich auch durch die Umstände allgemeiner Art schon gibt. In diesem Geiste und in diesem Sinne wollen wir die Dinge im Saarland miteinander auch anpacken und eine Reihe von Maßnahmen, von denen ich eben gesprochen habe, die noch jetzt noch nicht ganz umgesetzt sind, sondern erst auf den Weg gebracht sind, aber ihre Wirkung noch nicht ganz entfalten können, die werden sicherlich auch dazu beitragen

können, dass die Dinge für uns einfacher sind. Aber es bleibt auch bei ein paar Umständen, die wir durch welche Maßnahmen auch immer nicht ändern können. Niemand wird ja auf die Idee kommen wollen zu sagen, dass wir die Ukrainerinnen und Ukrainer jetzt nicht mehr bei uns aufnehmen wollen, die einen ganz wesentlichen Anteil der Flüchtlinge ausmachen, die gerade bei uns sind. Wir müssen jetzt viel mehr dafür sorgen, dass sie in den Arbeitsmarkt integriert werden können und damit quasi nicht im Flüchtlingsstatus bei uns verbleiben, sondern vielleicht sogar in der Lage sind, an ganz vielen Stellen, wo wir gerade dringend Arbeitskräfte bräuchten, mithelfen zu können und dadurch auch eine ganz erhebliche Erleichterung in der bestehenden Situation schaffen können.

Heinlein: Gerade bei diesem letzten Punkt, den Sie angesprochen haben, Flüchtlinge aus der Ukraine, gibt es einen ganz konkreten Vorschlag aus Bayern, von Markus Söder. Er fordert, künftig kein Bürgergeld mehr, sondern auch für die Flüchtlinge aus der Ukraine nur noch Asylleistungen. Das würde auch die klamme Kassenlage bei Ihnen im Saarland erleichtern.

Rehlinger: Ich halte das für einen diskussionswürdigen Vorschlag für die Zukunft. Man muss auch noch mal wissen, neben der Frage, dass es sicherlich ein starkes Symbol gewesen ist, das dort ergriffen worden ist, dass es auch etwas sehr Administratives hatte, denn auch die Frage, wer händelt im Grunde genommen welche Leistung, ist eine Frage, die nicht unbedeutend dafür ist, wie gut man mit einer Situation klarkommt. Das war sicherlich insofern vollkommen gerechtfertigt, auch was die Vergangenheit angeht. Für die Zukunft bin ich zumindest für eine solche Überlegung offen. Aber wir müssen auch gucken, dass wir es am Ende miteinander gut umgesetzt bekommen.

Heinlein: Diese gemeinsame Linie können Sie heute Vormittag bei der Runde der Ministerpräsidenten intern ohne den Kanzler abstimmen. Glauben Sie, dass es eine Mehrheit der 16 Bundesländer für diese Forderung gibt, kein Bürgergeld in Zukunft mehr für die Flüchtlinge aus der Ukraine?

Rehlinger: Ich kann momentan zu den Mehrheitsverhältnissen nichts sagen. Es ist die Frage, ob wir überhaupt dort einen dezidierten Beschluss in dieser Frage fassen wollen. Es geht ja auch vor allem heute darum, einen gemeinsamen Überblick zu bekommen, an welcher Stelle wir stehen, und das Bundeskanzleramt und das Innenministerium auch die Möglichkeit haben zu schildern, an welchen Stellen noch Prüfungen laufen, wie der Umsetzungsstand ist, und, und, und. Für all das wird sicherlich hinreichend Raum sein heute.

Heinlein: Hinreichend Raum, sagen Sie, Frau Rehlinger. Es sind nur zwei Stunden, die sich der Kanzler heute Zeit nimmt für Sie und Ihre Kollegen. Sind Bund-Länder-Themen für Olaf Scholz nicht mehr ganz so wichtig?

Rehlinger: Die Themen sind für ihn außerordentlich wichtig und ich finde es bemerkenswert, dass Olaf Scholz es immer wieder schafft, dem Wunsch der Länder - - Um ehrlich zu sein: Das hier ist eine Ministerpräsidentenkonferenz, die wir regelmäßig durchführen, die eigentlich ohne Beteiligung des Bundes normalerweise stattgefunden hätte, aber er hat dem Wunsch entsprochen, auch zu dieser normalen, regelhaften Ministerpräsidentenkonferenz hinzuzukommen, um dieses Thema mit uns zu diskutieren, was ja im Übrigen nicht das einzige ist, um das auch noch mal deutlich zu sagen. Denn mein Eindruck ist, die Menschen in diesem Land gucken gerade mit vor allem großer Sorge auch auf die wirtschaftliche Situation.

Heinlein: Über dieses Thema, Frau Rehlinger, können wir jetzt leider nicht weiterreden, weil die Nachrichten um halb acht kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.